

**Landesdelegiertenkonferenz
der
Jusos Hamburg
Dezember 2023**



Beschlussbuch

Landesgeschäftsführerin
Nurgül Kahriman

B1	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Juso-Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Resolution zu Israel der Jusos Hamburg**

2

3 **Nie wieder ist jetzt!**

4

5 Solidarität mit Israel.

6 Solidarität mit allen unschuldigen Opfern.

7 Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft in Hamburg.

8

9 Der Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 hat uns alle in Schrecken und
10 Trauer versetzt und steht von nun an für das größte Massaker an Jüdinnen* und Juden
11 seit der Shoah. Als Jusos Hamburg verurteilen den terroristischen Akt aufs Schärfste
12 und wir können nur unterstreichen: Terrorismus ist niemals und durch nichts zu
13 rechtfertigen.

14

15 Die fortgesetzten Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten sind inakzeptabel und zutiefst
16 erschütternd. Wir verurteilen die gezielten Angriffe auf unschuldige Menschen sowie
17 jegliche Handlungen, die das Leiden der Bevölkerung in Israel und den
18 palästinensischen Gebieten verursachen. Die Sicherheit und das Wohlergehen aller
19 Menschen in der Region müssen unbedingt gewährleistet werden.

20

21 Unsere Gedanken sind bei allen zivilen Opfern und ihren Angehörigen. Ihr
22 unerträgliches Schicksal und ihre Verluste berühren uns zutiefst und erfordern dringend
23 unsere volle Unterstützung und Mitgefühl. Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die
24 unter diesem endlosen Konflikt leiden, und setzen uns für ihre Sicherheit und ihr
25 Wohlergehen ein.

26

27 Jedes zivile Opfer ist eines zu viel. Wir unterstützen uneingeschränkt alle Bemühungen
28 zur Befreiung der verbliebenen Geiseln und setzen uns für Initiativen ein, die auf
29 Frieden abzielen und den Konflikt beenden möchten.

30

31 Seit dem 07. Oktober 2023 haben antisemitische Taten weltweit sprunghaft
32 zugenommen, auch bei uns in Deutschland, auch bei uns in Hamburg. In unserer festen
33 Überzeugung von der Bedeutung von Toleranz, Respekt und Vielfalt verurteilen wir aufs
34 Schärfste jede Form von antisemitischen Angriffen. Antisemitismus bedroht nicht nur
35 die jüdische Gemeinschaft, sondern ist ein Angriff auf die Grundprinzipien unserer
36 freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar. Jeder Mensch sollte frei von
37 Diskriminierung und Hass leben können. Antisemitismus hat keinen Platz in unserer
38 Gesellschaft, und wir verpflichten uns dazu, aktiv gegen Vorurteile und Diskriminierung
39 vorzugehen. Wir stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinschaft und
40 setzen uns gemeinsam für eine Welt ein, in der Vielfalt geschätzt und geachtet wird.

41

42 Es ist besorgniserregend, wie Teile unserer Gesellschaft den Kampf gegen
43 Antisemitismus durch die Verbreitung von antimuslimischem Rassismus entstellen. Es
44 ist inakzeptabel, alle Menschen einer bestimmten Religion pauschal zu verurteilen. Es
45 ist unfair und für den Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft
46 kontraproduktiv, ganze Gemeinschaften aufgrund der Handlungen einzelner
47 terroristischer Gruppen zu verurteilen.

48

49 Wichtig zu betonen ist, dass extremistische Gruppen, die keinen Frieden wollen, das
50 eigentliche Hindernis für die harmonische Koexistenz sind. Solche Gruppen vertreten
51 oft eine verzerrte Interpretation der Religion und missbrauchen sie für ihre eigenen
52 politischen Zwecke.

53

54 Unsere Entschlossenheit, eine Welt der Achtung und des Miteinanders zu gestalten,
55 bleibt unerschütterlich. Gemeinsam setzen wir uns für eine Zukunft ein, in der Vielfalt
56 als Stärke gilt und Hass, Hetze und Diskriminierung keine Chance hat- denn 'Nie wieder'
57 ist nicht nur ein Versprechen, sondern eine aktive Verpflichtung, die wir tagtäglich
58 gemeinsam tragen

B2	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel Nord-Süd</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Juso-
4 Bundeskongress und den Landesparteitag der SPD Hamburg mit anschließender
5 Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:

10

- 11 1. Ein mit dem Kurzarbeitergeld vergleichbares Instrument zur Absicherung von nicht
12 versicherungspflichtig Beschäftigten zu schaffen,
- 13 2. die Institutionalisierung der Beratungsangebote für Selbstständige voranzutreiben und
- 14 3. sich für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne des Bundesministeriums für Umwelt,
15 Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zur Arbeit der
16 Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

17

18

19 **Begründung:**

20

21 Knapp sieben Mio. Menschen in Deutschland gelten als überschuldet. Somit ist jeder zehnte
22 Erwachsene Mensch betroffen. Überschuldung bedeutet nach dem Armuts- und
23 Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass Einkommen und Vermögen über einen längeren
24 Zeitraum trotz Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu
25 begleichen.

26

27 Durch die Auswirkungen von Corona und des andauernden Angriffskrieges Russlands gegen
28 die Ukraine rutschen immer mehr Menschen in die Überschuldung.

29

30 Die verbreitete Wahrnehmung von Überschuldung ist, dass es sich um eine private
31 Angelegenheit handelt. Betroffenen wird eine persönliche Schuld zugewiesen. Oft leiden
32 überschuldete Menschen unter ihrer Situation, was zu psychischem Stress, Krankheit, und
33 weniger sozialer Teilhabe führt.

34 Studien (iff-Überschuldungsreport 2019; FES, Private Überschuldung in Deutschland 2021)
35 belegen, dass weniger als 20 Prozent der Fälle von Überschuldung auf sogenanntes
36 „vermeidbares Verhalten“ – wie Konsumverhalten und Haushaltsführung – zurückzuführen ist.
37 Vielmehr bringen externe Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Trennung, Krankheit,
38 und Einkommensarmut Menschen in die Überschuldung.

39

40 **Absicherung für nicht versicherungspflichtig Beschäftigte**

41

42 Von finanziellen Einbußen und drohender Überschuldung besonders betroffen sind prekär
43 Beschäftigte, Selbstständige und Menschen in Ausbildung. Kurzarbeitergeld ist ein wirksames
44 Instrument, krisenbedingte Armut abzufedern und Überschuldung vorzubeugen.

45

46 Analog zum Kurzarbeitergeld fordern wir ein Absicherungsinstrument über die
47 versicherungspflichtige Beschäftigung hinaus für Minijobber*innen und prekär Beschäftigte.

48

49 **Beratungsangebote für Selbstständige**

50 Starke Einkommenseinbußen haben auch Solo-Selbstständige schwer belastet. Davon
51 besonders betroffen sind solo-selbstständige Frauen, die zu einem Drittel weniger als 1.500
52 Euro netto im Monat verdienen (Hans-Böckler-Stiftung, Selbstständige in der Corona-Krise
53 2021).

54

55 Das von der öffentlichen Hand finanzierte Angebot an Schuldner- und Insolvenzberatungs-
56 stellen für abhängig Beschäftigte Menschen soll daher auf Solo-Selbstständige oder
57 Inhaber*innen von Kleinstunternehmen, die vor Schulden- und Überschuldungsproblemen
58 stehen, erweitert werden.

59

60 **Kampagne für Aufmerksamkeit**

61

62 Schuldnerberatungsstellen sind nach wie vor kaum bekannt und werden nicht als
63 Unterstützungsinstrument wahrgenommen. Gerade zu Beginn einer potenziellen
64 Überschuldungssituation ist eine Schuldnerberatung jedoch wirksam.

65 Die neue ministerielle Zuständigkeit durch das BMUV muss genutzt werden, um auf die Arbeit
66 der Schuldnerberatungsstellen durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne aufmerksam zu
67 machen.

68

B3	Antragsteller*in:	Jusos Harvestehude-Rotherbaum
	Beschluss:	Annahme

1 **„Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des**
2 **Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
5 Bundesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 1) die Kosten, die durch die Postbank, Deutsche Bank und durch die Kassenautomaten
10 des Arbeitsamtes erhoben werden, bei einer Auszahlung des Arbeitslosengelds
11 II/Bürgergeld, sollen abgeschafft werden,

12 2) die Gebühren bei einer Auszahlung des Kindergelds sollen abgeschafft werden.

13

14 **Begründung:**

15

16 Personen, die sich entscheiden, ihr Arbeitslosengeld II auszahlen zu lassen, müssen eine
17 Gebühr von 2,85 Euro an den Kassenautomaten des Arbeitsamtes zahlen. Nicht jedes
18 Jobcenter verfügt über eine Kassenautomaten, sodass das Arbeitslosengeld II über ein
19 Barcheck bei der Postbank/Deutschen Bank abgehoben werden kann. Über diese ZzV-
20 Barchecks (Zahlungsanweisung zur Verrechnung) kann auch das Kindergeld bei einer
21 Postbank/ Deutschen Bank Filiale ausgezahlt werden. Die Bank erhebt dabei eine Gebühr, die
22 sich nach der Auszahlungssumme richtet. Bei der Auszahlung eines Betrags zwischen 250-500
23 Euro entsteht eine Gebühr von 5 Euro. Bei der Auszahlung des Maximalbetrages von 1.500
24 Euro werden 7,50 Euro als Bearbeitungsgebühr von der Bank einbehalten.

25

26 Die Erhebung einer Gebühr richtet sich gegen finanziell benachteiligte Personen und bereichert
27 sich unter dem Deckmantel einer Bearbeitungsgebühr pauschal an Menschen, die auf jeden
28 Euro angewiesen sind

1

B4	Antragsteller*in:	Jusos Barmbek
	Beschluss:	Annahme

1 **Suizid existiert, Aufklärung jetzt!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-
4 Landesparteitag mit anschließender Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine bundesweite Informationskampagne zur
9 Aufklärung über Suizid sowie die Entwicklung einer bundesweiten Präventionsstrategie ein,
10 welche sich an den Empfehlungen der WHO (Preventing Suicide: A global imperative) orientiert.

11

12 **Begründung:**

13

14 In Deutschland sterben jährlich mehr als 9.000 Menschen durch Suizid: Das sind mehr Tote als
15 durch Verkehrsunfälle, Drogenmissbrauch und HIV/Aids zusammen (Quelle: Destatis).
16 Trotzdem gibt es keine bundesweite Aufklärungskampagne mit dem Ziel, Informationen zu
17 vermitteln, ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen und somit Suizide zu verhindern. Alle
18 53 Minuten nimmt sich ein Mensch das Leben, etwa alle vier Minuten versucht es jemand.
19 Warum gibt es Kampagnen über Verkehrssicherheit, Suchtkrankheiten und Safer Sex, aber
20 keine über Suizid? Nicht einmal Informationsmaterial zum Thema Suizid und Depression hält
21 die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bereit, beispielsweise für
22 Lehrer*Innen, Eltern und Schüler*Innen. Dabei ist Suizid bei jungen Menschen die
23 zweithäufigste Todesursache (Quelle: BPB). Suizid ist ein Tabuthema – das muss sich ändern.
24 Denn nur wenn das Thema zur Sprache kommt, kann man auch handeln und helfen. Suizid
25 darf nicht totgeschwiegen werden. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem man offen
26 über Depression und seelische Krisen reden kann. Suizide können verhindert werden. Hierfür
27 muss jedoch ein Bewusstsein für das Thema in der Gesellschaft geschaffen werden. Denn nur
28 wer Bescheid weiß, kann auch helfen. Dies kann wirkungsvoll mit einer Aufklärungskampagne
29 durch die BZgA erreicht werden. Die BZgA und das Bundesgesundheitsministerium müssen
30 der Aufklärungsarbeit über Suizid höhere Priorität einräumen. Außerdem muss das
31 Bundesgesundheitsministerium dafür notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

B5	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Harburg</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

Kleine Konzessionsabgaben für kleine Gewerbebetriebe

Die Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos beschließen:

Forderung:

Die SPD-Bundesfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Konzessionsabgabenverordnung (KAV), sowie das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) dahingehend geändert werden, dass kleine Gewerbe- und Industriebetriebe für Strom grundsätzlich als Sondervertragskund*innen gelten und nicht als Tarifikunden, sodass sie grundsätzlich die niedrigere Konzessionsabgabe bezahlen.

Die wegfallenden Einnahmen für Gemeinden und Städte könnte man dadurch kompensieren, dass entweder die Konzessionsabgabe für Sondervertragskund*innen allgemein und für alle gleich, oder progressiv für die oberen 10 % aller Verbraucher*innen um einen vermutlich geringen Betrag erhöht wird. Wir begrüßen zudem eine vergleichbare Regelung für die Gasversorgung.

Begründung:

Konzessionsabgaben sind eine Form der Bereitstellungsgebühr für das Strom- und das Gasnetz, die vom Staat, genauer, den Städten und Gemeinden erhoben werden. Ihre Höhe wird festgesetzt in der Konzessionsabgabenverordnung (KAV). Hierbei wird unterschieden zwischen Tarif- und Sondervertragskunden. Tarifikund*innen zahlen eine Konzessionsabgabe, die abhängig von der Größe der Gemeinde ist und im Falle von Strom 1,32ct/kWh bis 2,39ct/kWh beträgt. Sie machte vor der Energiekrise einen Anteil an den Stromkosten von etwa 7% aus, mittlerweile jedoch weniger. Für Städte und Gemeinden stellt die Konzessionsabgabe oft eine wichtige Einnahme dar. Sie wird vom

Energieversorgungsbetrieb an die Kund*innen weitergegeben. Für Sondervertragskund*innen beträgt die Konzessionsabgabe lediglich 0,11ct/kWh. Als Sondervertragskund*in gilt, wer mindestens in zwei Monaten im Jahr einen gemessenen Verbrauch von 30kW, oder einen Gesamtverbrauch im Jahr von mehr als 30'000kWh hat. Dies kann dazu führen, dass kleinere Gewerbebetriebe durch Energiesparmaßnahmen ihren Status als Sondervertragskund*in verlieren und somit auf einen Schlag pro kWh mindestens 1,21ct mehr zahlen müssen. Sollte ein Betrieb beispielsweise von 35'000kWh/a seinen Verbrauch auf 25'000kWh/a senken – was im Sinne der Nachhaltigkeit, des Klimawandels und der Energiekrise zu befürworten wäre – würde er statt vorher $35'000 \cdot 0,11 \text{ct} = 38,50\text{€}$ auf einmal $25'000 \cdot 1,32 \text{ct} = 330\text{€}$ zahlen. Trotz einer Verbrauchsreduktion von 10MWh, also etwa dem, was vier bis fünf Zweipersonenhaushalte im Jahr verbrauchen, würde der Betrieb somit etwa das acht- bis neunfache an Konzessionsabgabe bezahlen. Das halten wir für ungerecht. Und es steht der Energiewende und dem Klimaschutz im Wege. Derartige Fälle sind bereits mehrfach vorgekommen.

B6	Antragsteller*in:	Jusos Altona
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

Sprach- und Kulturmittlung (SKM) in Hamburger Schulen – Mehr Schein als Sein?

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
2 Landesparteitag der SPD Hamburg, sowie zur Kenntnisnahme mit Bitte zur Bearbeitung
3 an den Senator für Schule und Berufsbildung beschließen:

4

5 Forderung:

6

7 1. Der Senator für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, eine unabhängige
8 wissenschaftliche Überprüfung der Entwicklung der im Jahr 2015 eingeführten
9 aktiven Sprach- und Kulturmittler*innen in Hamburger Schulen sowie deren
10 jeweilige Muttersprache und Einsatzorte durchzuführen.

11

12 2. Bei der Feststellung eines Mangels an aktiven Sprach- und Kulturmittler*innen in
13 Hamburger Schulen wird der SPD geführte Senat weitergehend aufgefordert,
14 Qualifikationsmaßnahmen und Praxiseinsätze zu fördern, worunter
15 insbesondere die Verbesserung der finanziellen Voraussetzungen fällt.

16

17 **Begründung:**

18 Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung hat im Jahr 2015 im
19 Rahmen der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung die Qualifizierungsmaßnahme
20 „Sprach- und Kulturmittlung“ (SKM) eingeführt. Mit dieser Maßnahme sollen Menschen
21 mit eigener Migrationsgeschichte im Rahmen einer 120-stündigen Schulung zu
22 Mittler*innen zwischen der gemeinsamen Muttersprache mit den Geflüchteten und der
23 deutschen Sprache und Kultur an Schulen ausgebildet werden. Sie können Eltern und
24 Kinder an das deutsche Schulsystem, geltende Richtlinien und pädagogisches Handeln
25 der Lehrkräfte heranführen und wesentlich zur Verständigung zwischen allen
26 Beteiligten beitragen. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung selbst
27 bezeichnet sie als „Brückenbauer im Bildungswesen“
28 (<https://li.hamburg.de/contentblob/13781836/f621e1ce04fd9835f38ebdf/data/>)

29 pdf-skm-flyer.pdf). Jedoch ist aktuell nicht ersichtlich, wie viele Mittler*innen an welchen
30 Hamburger Schulen eingesetzt werden und welche Muttersprache diese sprechen. Bei
31 einer Anzahl von über 8000 geflüchteten Kindern, die im vergangenen Jahr an
32 Hamburger Schulen aufgenommen wurden, wovon das Hamburger Abendblatt im
33 November 2022 berichtete, wird die Wichtigkeit einer transparenten Übersicht
34 eingesetzter Sprach- und Kulturmittler*innen zur Verbesserung der Situation
35 Geflüchteter und effektiven Entlastung des Hamburger Schulsystems deutlich
36 ([https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article236977381/schule-hamburg-
37 unterricht-fuer-gefluechtete-system-stoesst-an-seine-grenzen.html](https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article236977381/schule-hamburg-
37 unterricht-fuer-gefluechtete-system-stoesst-an-seine-grenzen.html)).

38 Wenn ein Mangel an solchen Kräften festgestellt wird, gilt es, bei der Qualifizierung und
39 folgenden Praxiseinsätzen nachzusteuern, wozu insbesondere die finanziellen
40 Voraussetzungen optimiert werden können.

41 I. d. R. werden geflüchtete Kinder und Jugendliche vor dem Besuch von
42 Regelklassen in Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) bzw.
43 Basisklassen beschult, wobei das primäre Ziel das Erlernen der deutschen
44 Sprache darstellt. Erwartungsgemäß ist die deutsche Sprache dem Großteil
45 der geflüchteten Schüler*innen fremd, ebenso sind Englischkenntnisse keine
46 Selbstverständlichkeit. Aufgrund des personellen Mangels, der durch die
47 stetig wachsende Anzahl von Vorbereitungsklassen noch verschärft wird,
48 kommen zu den schwierigen Bedingungen leider besonders für die
49 geflüchteten Kinder und Jugendlichen häufige Wechsel ihrer Lehrkräfte
50 hinzu. Eine verlässliche und vertrauensvolle Konstante können also vor allem
51 Sprach- und Kulturmittler*innen für die teils traumatisierten geflüchteten
52 Kinder und Jugendlichen bieten, die sie bei Hürden im fremden Land
53 unterstützen.

B7	<i>Antragssteller*in:</i>	<i>JSAG</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Schüler*innen ihre Rechte und Möglichkeiten vermitteln!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder
6 des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass jedes Schuljahr ein Tag für
7 alle Klassenstufen an allen Hamburger Schulen unter dem Thema "Schüler*innenrechte und
8 Möglichkeiten" eingeführt wird. An jenem Tage sollen allen Schüler*innen die Möglichkeiten,
9 soziales und gesellschaftliches Engagement in der Schule zu leisten, vorgestellt und näher
10 gebracht werden. Dabei sollen Unterlagen der Hamburgischen Bürgerschaft oder der
11 Landeszentrale für politische Bildung verwendet werden. Der konkrete Ablauf des Tages
12 wird durch ein Gremium ausgestaltet, das sich paritätisch aus Schüler*innenvertretung
13 und dem Lehrkörper sowie einer*m Sozialpädagog*in zusammensetzt.

14 Dazu gehören:

- 15 • Die Möglichkeiten, Chancen und Aufgaben von Klassen-, Jahrgangs- und
16 Schulsprecher*innen sowie auch die Tätigkeit in den weiterführenden Gremien
- 17 • Engagement als Streitschlichter*innen
- 18 • Rechte und Möglichkeiten aller Schüler*innen mitzuwirken, ohne dafür in bestimmte
19 Positionen gewählt werden zu müssen
 - 20 ○ die Gründung von AGs
 - 21 ○ die Partizipation in bestehenden AGs
 - 22 ○ Annahme selbstentwickelter Positionen wie z.B. Vertrauensschüler*in

23 **Begründung:**

24 Die Mitgestaltungsmöglichkeiten von Schüler*innen sind unter den Schüler*innen selbst
25 viel zu unbekannt, mit besonderem Vermerk auf die aktuelle Partizipation in den
26 Schulen der Stadt, wo viele Beteiligungsoptionen kaum beansprucht werden. Im
27 Hinblick darauf, dass Schüler*innen den Großteil ihres Alltages in der Schule
28 verbringen, muss sich dies ändern. Die demokratischen Strukturen in den Schulen

29 können nur gestärkt werden, wenn Schüler*innen über die Möglichkeiten und Chancen
30 sowie über ihre Mitbestimmungsrechte gut informiert sind. Der Mitbestimmungsprozess
31 in der Schulpolitik soll ihnen schon im jungen Alter nähergebracht werden im Sinne
32 einer aufklärerischen Politik. Diese Aufklärung führt zu mehr sozialem und
33 gesellschaftlichem Engagement, was positive Auswirkungen auf die gesamte
34 Gesellschaft hat. Auch führt es zu einem angenehmeren Klima in der Schule und damit
35 zu einem produktiveren und lernfreudigeren Umfeld.

B8	<i>Antragssteller*in:</i>	<i>JSAG</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Einrichtung einer Landesschulkommission**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD-Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen
8 Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, dass ein gesetzlich legitimiertes,
9 behördeninternes Entscheidungsgremium (Landesschulkommission) innerhalb der für
10 Schulbildung zuständigen Behörde (BSB) eingerichtet wird. Die
11 Landesschulkommission soll „Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung“, gem. §
12 79 Abs. 2 HmbSG, deren Entscheidung im Kompetenzbereich der BSB liegen, treffen.
13 Einzig die Präsidialabteilung der BSB soll diese einberufen und Entwürfe für
14 entsprechende schulpolitische Maßnahmen einbringen können. Die
15 Landesschulkommission soll diesen Entwürfen ausschließlich zustimmen oder diese
16 ablehnen können.

17 In ihr vertreten sein sollen die Präsidialabteilung der BSB mit vier Stimmen, die
18 Kammern von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern mit je drei Stimmen, die staatlichen
19 Hochschulen und Universitäten, welche jeweils durch gemeinsame Abstimmung
20 untereinander eine Person delegieren, mit je einer Stimme, die Handelskammer mit
21 einer Stimme, sowie die Handwerkskammer mit einer Stimme.
22 Nach Einrichtung der Landesschulkommission sind eine Abschaffung des
23 Landesschulbeirates wegen eventueller Redundanz und das Hinzuziehen darin
24 beteiligter Gremien als beratende Mitglieder der Landesschulkommission zu prüfen.

25 **Begründung:**

26 Die öffentliche Auseinandersetzung im Rahmen der Ratifizierung der neuen
27 Bildungspläne im vergangenen Jahr zeigt eine grundsätzliche Problematik in der Art

28 und Weise auf, wie „Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung“ im schulischen
29 Kontext in Hamburg beschlossen werden. Es ist merklich, dass der Senat und die
30 Behörde für Schule und Berufsbildung ein ehrliches und starkes Interesse daran hatten,
31 andere schulpolitische Akteure, die von den Änderungen betroffen sind, einzubinden
32 und einen konstruktiven Diskurs zu führen. Dennoch ist der Diskurs stark medial
33 eskaliert, und war bald an einem Punkt angelangt, an dem keiner der Akteure ihn ferner
34 als konstruktiv hätte bezeichnen können. Grund hierfür ist die mangelnde
35 Rechtssicherheit der schulpolitischen Akteure bezüglich der Frage, inwiefern ihre
36 Expertise und Perspektive in schulpolitische Maßnahmen einfließen. Dies hatte das
37 Ergebnis, dass diese Akteure, aus der Befürchtung heraus, ansonsten nicht gehört zu
38 werden, ihre Anliegen möglichst wortstark zu vertreten suchten, mit dem Ziel, diese
39 mangelnde Rechtssicherheit durch politischen Druck auszugleichen. Hier lässt sich ein
40 grundsätzliches Muster erkennen, da Bildungspolitik in der Hansestadt seit jeher sehr
41 heiß diskutiert wird und dieser Diskurs in den seltensten Fällen konstruktiv geführt wird.
42 Dieser Umstand geht gleichermaßen zu Kosten aller an Schulpolitik Beteiligter, da der
43 Inhalt schulpolitischer Entscheidungen an einem wenig konstruktiven Diskurs Schaden
44 nimmt, umgekehrt würde die Expertise und Perspektive sich verstärkt in den
45 schulpolitischen Maßnahmen wiederfinden, was zu einer Qualitätssteigerung führen
46 würde. Zum anderen schädigen die öffentlichen Anfeindungen in der Presse das Image
47 schulpolitischer Akteure- insbesondere der BSB und des Senates - und
48 sozialdemokratischer Schulpolitik im Allgemeinen. Gelingt es künftig, dem um die
49 Bildungspläne ähnliche Diskurse zu deeskalieren, werden die Entscheidungen der
50 Behörde eher durch die Hamburger Schullandschaft mitgetragen, ebenso wird
51 sozialdemokratische Schulpolitik durch die wählende Bevölkerung weit positiver
52 wahrgenommen. Genauso gibt es weniger Angriffspunkte für die parlamentarische
53 Opposition, weil die schulpolitischen Maßnahmen demokratisch durch die
54 Schulbeteiligten legitimiert sind. Um dies zu erreichen und dem aktuell bestehenden
55 Missstand Abhilfe zu schaffen, ist es dringend erforderlich, Rechtssicherheit zu
56 schaffen, welche den schulpolitischen Akteuren außerhalb der Präsidialabteilung der
57 BSB eine Berücksichtigung ihrer Perspektive und damit eine Qualitätssteigerung
58 schulpolitischer Entscheidungen im Allgemeinen garantiert. Solch eine Zusicherung
59 erfordert eine direkte Beteiligung am Ratifizierungsprozess schulpolitischer
60 Entscheidungen. Dafür ist es zwar notwendig, dass die BSB gewisse

61 Entscheidungskompetenzen abgibt. Dieser Faktor ist jedoch nicht von großer
62 Bedeutung, da die BSB weiterhin den alleinigen Auftrag hat, die Entwürfe vorzulegen,
63 wodurch sie neben Bürgerschaft und Senat als einzige aktiv schulpolitische
64 Maßnahmen gestaltet. Auch ist an dieser Stelle zu berücksichtigen, dass selbst eine
65 situativ geringe Berücksichtigung einzelner schulpolitischer Akteure keinen relevanten
66 Unfrieden zur Folge hat, da entsprechende Maßnahmen von den anderen Akteuren
67 mitgetragen werden. Die Einrichtung der Landesschulkommission bricht Konfliktlinien,
68 da die schulpolitischen Akteure durch die direkte, demokratische Beteiligung an der
69 Ratifizierung von schulpolitischen Maßnahmen weniger konfrontativ auf diese
70 reagieren, und eine Qualitätssteigerung schulpolitischer Entscheidungen, indem sie die
71 Berücksichtigung der Expertise und Perspektive der Schulbeteiligten garantiert.

B9	<i>Antragssteller*in:</i>	<i>JSAG</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Faire Verteilung von Tablets an Hamburger Schulen**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder
6 des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Neubeschaffung
7 digitaler Endgeräte (bspw. Tablets), anhand des KES-Indexes eine unter sozialen
8 Gesichtspunkten faire Verteilung durchgeführt wird.

9 **Begründung:**

10 Digitale Endgeräte sind ein wichtiger Bestandteil moderner Bildung und tragen zu mehr
11 Bildungsgerechtigkeit bei.

12 Doch nimmt man ganz Hamburg in den Blick, sind an den Schulen lediglich für ein
13 Viertel aller Schüler*innen digitale Endgeräte (zumeist Tablets) vorhanden. Auch wenn
14 wir weiterhin an unserem langfristigen Ziel, genug Endgeräte für alle, festhalten, braucht
15 es kurzfristig eine sinnvolle, unter sozialen Gesichtspunkten gerechte Verteilung der
16 vorhandenen Geräte.

17 Ein Blick in die Realität zeigt: Die gleichmäßige Verteilung führt dazu, dass die
18 städtischen Endgeräte in reichen Gegenden im Spind liegen bleiben, denn man hat ja
19 bereits sein privates. Noch problematischer sind die Folgen an Schulen in Gegenden
20 mit sozioökonomisch niedrigerem Status, denn hier setzen die Lehrkräfte die wenigen
21 vorhandenen Endgeräte erst gar nicht ein, da sie wissen, dass nicht alle versorgt
22 werden können. Das derzeitige Vorgehen führt im Ergebnis zu einer Verschärfung der
23 bestehenden Bildungsungerechtigkeit.

24 Anstatt weiterhin pauschal zu verteilen, soll deshalb die Verteilung künftig bedarfs- und
25 sozialgerecht anhand des „KES-Index“ vorgenommen werden. Ein Index, welcher sich
26 im Hamburger Bildungswesen bereits bewährt hat.

B10	Antragssteller*in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme

1 **Gewahrsam muss man sich leisten können – sofortige Rücknahme**
2 **entsprechender** **Gebühren!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, die
10 „Gewahrsamsgebühren“ zurückzunehmen.

11

12 **Begründung:**

13

14 Zum 01.01.2023 trat die geänderte Fassung der Anlage 1 zur Gebührenordnung für
15 Maßnahmen auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SiOGebO) in
16 Kraft. Bei der Gelegenheit hat die Behörde für Inneres und Sport jedoch nicht etwa
17 inflationsbedingte Gebührenerhöhungen vorgenommen, sondern die polizeiliche
18 Ingewahrsamnahme kostenpflichtig gemacht. Dies ist aus den nachstehenden Gründen
19 problematisch.

20

21 1. Gerade Personen, die wegen potenzieller Selbstschädigungsgefahr in Gewahrsam
22 genommen werden, befinden sich häufig in psychischen Ausnahmesituationen. Sie
23 brauchen Hilfe, keine Kosten.

24

25 2. Es öffnet Machtmissbrauch und Willkür Tür und Tor. So steht es im Ermessen
26 eines/einer Beamt*in, die Tür noch zwei Minuten länger geschlossen zu halten, bis die
27 nächste volle Stunde angebrochen ist. Natürlich ist nicht zu befürchten, dass dies von
28 allen Polizeibediensteten getan wird, jedoch ist es allein schon wegen der hohen Anzahl

29 an Polizist*innen in Hamburg nicht auszuschließen, dass einzelne von derlei Tricks
30 Gebrauch machen werden.

31 3. Begründet werden die Gebühren unter anderem damit, dass Ingewahrsamnahmen
32 viel Zeit und Personal rauben. Inwiefern sich dies ändert, wenn die Polizist*innen von
33 nun an penibel Buch über Kilometer, Zeit und anwesende Kolleg*innen führen müssen,
34 bleibt offen.

35

36 4. Die Gebührenzusammensetzung ist intransparent und kann auch in gleichgelagerten
37 Sachverhalten extrem abweichen. Findet die Gewahrsamnahme beispielsweise durch
38 eine Zwei-Personen-Streife statt oder durch die größeren Polizeigruppierungen, die
39 zum Beispiel rund um den Kiez nachts anzutreffen sind? Macht in Summe einen
40 Unterschied von mehreren hundert Euro – auch wenn es in beiden Fällen nur zwei
41 Beamte gebraucht hätte. Findet die Gewahrsamnahme direkt vor einer Polizeiwache
42 statt oder in Landgebiet nahe der niedersächsischen Grenze? Die Zusammensetzung
43 mutet willkürlich an und lässt Zweifel im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz
44 aufkommen.

45

46 5. Ingewahrsamnahmen unterliegen keinem Richtervorbehalt, sondern werden ad hoc
47 von den eingesetzten Beamt*innen entschieden. Eine Gebührenfestsetzung hat zur
48 Folge, dass auch bei beispielweise wegen der Nichtausschöpfung milderer Mittel
49 unberechtigten Ingewahrsamnahmen hohe Kosten auf die Betroffenen zukommen – es
50 sei denn, sie stellen sich einem Widerspruchsverfahren und ggf. einem gerichtlichen
51 Prozess. Da der Rechtsweg i. d. R. von sozioökonomisch Schwächergestellten seltener
52 beschritten oder sogar gefürchtet wird, verschärft diese Maßnahme das ohnehin an
53 dieser Stelle bestehende Ungleichgewicht in unserer Gesellschaft.

54

55 6. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung fußt maßgeblich auf dem
56 verfassungsrechtlich verbrieften Recht, sich jederzeit zu versammeln und seine
57 Meinung zum Ausdruck zu bringen. Jede – auch nur mittelbare – Einschränkung gehört
58 argwöhnisch auf den Prüfstand gestellt. Der Gewahrsamsgebühr kommt jedoch genau
59 diese Wirkung zu. Sie wird insbesondere sozioökonomisch Schwächergestellte von der
60 Wahrnehmung ihrer Grundrechte abhalten, da sie Gefahr laufen, mit nicht tragbaren
61 Kosten überzogen zu werden. Ein solch klassistischer Einschnitt in die

- 62 Versammlungsfreiheit ist für uns Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen nicht
63 hinnehmbar.

B11	Antragssteller*in:	<i>Jusos Bergedorf</i>
	Beschluss:	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Wir müssen reden: Zu aktuellen und wichtigen Themen brauchen wir**
2 **Informationen**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Der SPD- Landesvorstand wird aufgefordert, zu aktuellen und wichtigen Themen auf allen
10 parlamentarischen Ebenen, insbesondere solche mit Bezug zur Stadt Hamburg,
11 Stellungnahmen in verständlicher Sprache zu verfassen (Fact-Sheet), welche als Grundlage für
12 Diskussionen an Infoständen oder bei anderen Formaten des Bürger*innendialogs benutzt
13 werden können.

14

15 Dafür hat der SPD- Landesvorstand zu antizipieren, zu welchen Themen Informationsmaterial
16 erforderlich sein wird. Außerdem sollen die Kreisvorstände sowie Arbeitsgemeinschaften auf
17 Landesebene die Möglichkeit haben, per Beschluss Informationsmaterial einzufordern
18 (Bestellerprinzip).

19

20 Bei der Erstellung der Fact-Sheets sollen die Fachsprecher*innen der Bürgerschafts- bzw.
21 Bezirksversammlungsfraktionen sowie die Hamburger Abgeordneten des Bundestages und
22 des Europaparlaments beteiligt werden. Die Erstellung des Fact-Sheets kann an andere Teile
23 der Landesorganisation delegiert werden.

24

25 Durch den SPD-Landesvorstand ist eine einheitliche Vorlage zu erstellen, die sich an folgenden
26 Maßgaben orientieren soll:

- 27 - Umfang von höchstens zwei DIN-A4-Seiten.
28 - Wo möglich, soll ein Frage-Antwort-Prinzip verwendet werden.
29 - Es soll zu jedem Thema ein*e Ansprechpartner*in angegeben werden.

30

31 Das Fact-Sheet soll an alle Kreis- und Distriktsvorstände sowie die Vorstände der
32 Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene zur weiteren Verwendung versandt werden.
33 Die Anfertigung soll schnellstmöglich, im Regelfall innerhalb einer Woche ab Kenntnis oder
34 Bestellung erfolgen. Die Priorisierung obliegt dem Landesvorstand, unter der Prämisse, dass
35 das Informationsmaterial zum Zeitpunkt der Diskussion vorliegt.

36

37 **Begründung:**

38

39 Der jüngst medial sehr präsenzte Verkauf von Anteilen am Container-Terminal Tollerort
40 im Hamburger Hafen hat viel Unmut sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter
41 Parteimitgliedern erzeugt. Die Jusos haben sich klar gegen den Verkauf positioniert.
42 Selbst Abgeordnete verschiedener Häuser sollen beklagt haben nicht vollumfänglich
43 über die Details und Positionen informiert zu sein. Angesichts der öffentlich
44 bemängelten Umstände („kein Verkauf kritischer Infrastruktur“, „kein Verkauf an
45 Diktaturen“, „nicht von Diktaturen abhängig machen lassen“ etc.) war das (im Kreis
46 Harburg) am 1.11.22 verbreitete „Fact Sheet“ mit dem Titel „Chinesische Investitionen
47 in Hamburg: Fakten zur Kooperation zwischen der Hamburger Hafen- und Logistik AG
48 und COSCO Shipping Ports Ltd.“ vom Genossen Hansjörg Schmidt eine willkommene
49 Stütze. Derartige Kommunikation sollte in Zukunft mindestens auf Landes-, aber
50 idealerweise auf allen Ebenen durch den Parteivorstand an die Mitglieder übergeben
51 werden, denn diese stehen häufig auf der Straße Rede und Antwort. Selbst wenn sie
52 nicht derselben Meinung sein mögen, sollten sie die Position der Partei kennen.

53

54 **In einfacher Sprache:**

55

56 Die SPD regiert auf allen Ebenen in Deutschland. Häufig werden Entscheidungen
57 getroffen, die nicht alle Mitglieder der Partei nachvollziehen können. Auch werden
58 häufig Positionen vertreten, die nicht alle Mitglieder haben. Wenn diese Mitglieder aber
59 an Infoständen oder anderswo diese Positionen oder Entscheidungen gegenüber
60 Bürger*innen rechtfertigen sollen, müssen sie sie verstehen und nachvollziehen
61 können. Deshalb soll der Landesvorstand bei besonders wichtigen und aktuellen
62 Themen Zusammenfassungen an die Kreis- und Distriktsvorstände geben, an denen
63 sie sich orientieren können.

B12	Antragssteller*in:	<i>Jusos Harvestehude-Rotherbaum</i>
	Beschluss:	<i>Annahme</i>

1 **Hodenkrebsvorsorge kostenlos!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Wir fordern eine regelmäßige Übernahme der Kosten für die Hodenkrebsvorsorge ab 16 Jahren
9 durch die gesetzlichen Krankenversicherungen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Die mit Abstand meisten Hodenkrebserkrankungen treten im Alter zwischen 25 und 45 Jahren,
14 bei einem mittleren Alter von 37 Jahren, auf. Jedoch ist bereits ab dem Alter von 20 Jahren ein
15 signifikanter Anstieg der Erkrankungen feststellbar. Eine wirksame Untersuchung in Form einer
16 Hodenabstastuntersuchung wird allerdings letztmalig mit 14 Jahren und dann wieder ab 45
17 Jahren als Kassenleistung erstattet. Nicht zuletzt haben die prominenten Fälle von
18 Fußballspielern nochmals öffentlichkeitswirksam gezeigt, dass Hodenkrebs insbesondere
19 jüngere Männer betrifft. Als einzige Möglichkeit der Vorsorge bleibt die unsichere
20 Selbstuntersuchung oder eigene Kostenübernahme, sodass die Entdeckung der Erkrankung
21 oft auf Zufallsbefunden beruht. Dabei ist es bei dieser Krebsform wie bei den meisten anderen
22 auch, je früher dieser erkannt wird, desto besser sind die Heilungschancen und umso weniger
23 invasiv muss die Behandlung erfolgen. Zwar ist die Heilungschance bei Hodenkrebs hoch,
24 allerdings dürfen auch die weitreichenden Folgen invasiver Behandlungsmethoden, wie
25 Amputation oder starke Bestrahlung, auf die Fruchtbarkeit und Psyche der Betroffenen nicht
26 vernachlässigt werden.

27

28 Die Festlegung einer solchen Altersgrenze, bei welcher der Peak der Erkrankungen bereits
29 längst überschritten ist, ist mithin, selbst unter Berücksichtigung ökonomischer Zwänge im
30 Gesundheitssystem, willkürlich.

31

32 Die neu in den Leistungskatalog aufzunehmende Untersuchung soll mit einer Werbekampagne
33 begleitet werden. Diese Werbekampagne soll auch die Selbstuntersuchung thematisieren, um
34 eine Sensibilität zu erreichen und um den Zeitraum zwischen den übernommenen
35 Untersuchungen abzudecken.

36

37 Das Etablieren einer regelmäßigen urologischen Routineuntersuchung für Männer, analog zur
38 Gynäkologie, könnte auch den positiven Nebeneffekt mit sich bringen, dass urologische
39 Erkrankungen weniger tabuisiert werden und generell eher urologische Hilfe in Anspruch
40 genommen wird.

B13	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Hamburg-Mitte</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Entschädigung Jugendleiter*innen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
8 werden aufgefordert eine angemessene finanzielle Entschädigung für ehrenamtlich in
9 der Jugendhilfe tätige Jugendleiter*innen, die im Besitz einer gültigen Jugendleiter*inc-
10 Card (Juleica) sind, einzuführen (mindestens 300 € pro Jahr). Diese Entschädigung darf
11 nicht zu Lasten der Jugendverbände fallen.

12 **Begründung:**

13 Es unbestreitbar, dass ehrenamtliches Engagement ein zentrales Fundament unserer
14 Gesellschaft ist. Vor allem die Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein der sozialen
15 Integration von Kindern und Jugendlichen. Sie trägt entscheidend zur Wertebildung
16 junger Menschen bei. Als ein geschützter Ort mit den Prinzipien der Freiwilligkeit,
17 Partizipation und Selbstorganisation schafft die Jugendarbeit für viele junge Menschen
18 eine Gemeinschaft. Die Kinder und Jugendlichen erlernen dort die Kompetenzen für
19 eine soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Jugendarbeit ist daher unerlässlich für
20 eine gute Demokratieerziehung und mündige jungen Menschen in unserer
21 Gesellschaft.

22

23 Es ist offenkundig, dass die Jugendarbeit mit den Jugendleiter*innen steht und fällt.
24 Sich in der Jugendarbeit zu engagieren kostet allerdings nicht nur Zeit, sondern auch
25 Geld. So müssen ehrenamtliche Jugendleiter*innen ihre Aus- und Fortbildungen, ihre
26 persönliche Ausstattung und die Freizeiten, an denen sie teilnehmen, meist selbst

27 finanzieren. Gerade für Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende ohne große
28 Einkommensmöglichkeiten ist dies besonders schwierig. 2019 waren in Hamburg 8.600
29 Ehrenamtliche in der Jugendarbeit aktiv. 70 % von ihnen sind noch Schüler*innen oder
30 im Studierendentalter (minderjährig bis 27 Jahre). Eine Finanzierung des eigenen
31 Engagements stellt sehr viele immer wieder vor finanzielle Herausforderungen. Eine
32 Entschädigung für ehrenamtliche Jugendleiter*innen wäre daher nicht nur
33 Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit, sie wäre auch notwendig, um dieses
34 Engagement nachhaltig zu sichern und die Ausgaben junger Engagierter für ihr
35 Ehrenamt auszugleichen.

36

37 Bereits viele Landkreise in Deutschland haben so eine Entschädigung eingeführt. Der
38 Kreis Segeberg in Schleswig-Holstein zahlt seinen ehrenamtlichen Jugendleiter*innen
39 180 € pro Jahr. Die Stadt Norderstedt sogar 400 € pro Jahr.

40 Bei der Entschädigung für ehrenamtliche Jugendleiter*innen geht es in erster Linie nicht
41 darum einen neuen Anreiz für mehr Engagement zu schaffen, sondern für unbezahlte
42 Arbeit veranlasste Ausgaben auszugleichen.

43 Eine moderne und soziale Stadt wie Hamburg sollte sich diese Anerkennung für
44 ehrenamtliche Jugendleiter*innen leisten.

B14	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

Vier-Tage-Woche-Pilotprojekt für Hamburg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Forderung:

Zur Durchsetzung des Ziels einer Vier-Tages-Woche setzt sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für die Durchführung eines Vier-Tage-Woche-Pilotprojekts bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein und arbeitet ein Modell heraus, bei dem große und mittelständige Unternehmen sowie Start-Ups und kleinere Unternehmengleichermaßen berücksichtigt werden sollen, um einen diversen Teilnehmer*innenpool zu bewerkstelligen. Dabei müssen für das Modell auch die unterschiedlichen Erfolgsaussichten in diversen auch präkeren Branchen und Berufsgruppen berücksichtigt werden. Das Pilotprojekt soll mindestens ein Jahr durchgeführt werden.

Begründung:

Eine breit angelegte Studie in Großbritannien, an der 61 britische Unternehmen teilgenommen haben, sorgt im Diskurs zur Arbeitswelt der Zukunft für Schlagzeilen. Weniger Fehlzeiten, bessere Gesundheit, höhere Produktivität. Das sind die Ergebnisse der Studie, an der rund 2900 Mitarbeiterinnen teilnahmen und bei der 56 der Unternehmen bereits verkündet haben, sie führen die Vier-Tage-Woche weiter fort.

Die SPD hat bereits erkannt, dass Modelle wie die 25- oder 30-Stunden-Woche zukunftssträftig sind, zumal sich unter anderem immer mehr Menschen mit psychischen Krankheiten konfrontiert sehen. Ein solches Pilotprojekt bietet nicht nur für die Stadt Hamburg, auch über die Laufzeit des Projektes hinaus, die Chance sich als

Landesdelegiertenkonferenz 2023.3
Datum 02. Dezember 2023



innovativer Wirtschaftsstandort der Zukunft zu präsentieren, so können auch unsere Ideen in die Praxis umgesetzt werden.

B15	Antragssteller*in:	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	Beschluss:	<i>Annahme</i>

1

2

Hagenbecks Tierpark zum Eingeständnis ihrer Geschichte auffordern!

3

4

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen, dass die Jusos Hamburg öffentlichwirksam dazu auffordern:

5

6

7

Forderung:

8

9

1) Hagenbecks Tierpark soll in einer öffentlichen Pressemitteilung die Inhumanität und die Förderungen rassistischer, unwahrheitsgemäßer Stereotypen in ihren Völkerschauen anerkennen und sich bei den Verbliebenen der Ausgestellten entschuldigen.

10

11

12

2) Auf seiner Webseite soll der Tierpark aufklären, dass Personen in Völkerschauen in einem rassistischen und falschen kulturellen Kontext dargestellt wurden. Auch das Errichten einer Gedenktafel kann vorgeschlagen werden.

13

14

15

3) Hagenbecks Tierpark soll das Firmenarchiv für die Forschung und Öffentlichkeit zugänglich machen.

16

17

18

Begründung:

19

20

Der Tierpark Hagenbeck hat bis 1931 Völkerschauen veranstaltet, bei denen Personen aus Afrika, Asien, Südamerika, dem Südpazifik und Skandinavien unter falschen Versprechungen angeheuert und in falschen kulturellen Kontexten ausgestellt wurden. Das geschah unter schlechten und freiheitseinschränkenden Arbeitsbedingungen. Diese Veranstaltungen wurden als „Bildung“ deklariert, obwohl die Personen bewusst als „Wilde“ dargestellt und in ihrer eigenen Kultur nicht entsprechende Szenen gesteckt wurden. Dadurch haben die Völkerschauen rassistische Stereotypen gefördert, die teilweise noch heute in der europäischen Gesellschaft verankert sind. In Interviews und Presse-Statements verharmlosen die Inhaber von Hagenbecks Tierpark die Bedingungen, unter denen die Ausgestellten nach Europa gelockt wurden und wie sie vom Zoo behandelt wurden. Der rassistische Kontext der Völkerschauen wird nicht thematisiert und im Tierpark erinnert nichts an die Geschichte der Völkerschauen (nicht

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32 einmal Gedenktafeln oder dergleichen). Auf der offiziellen Webseite des
33 Tierparks Hagenbeck werden die Völkerschauen (unter Historie) zwar kurz erwähnt,
34 jedoch fokussiert sich der knappe Text lediglich darauf, wie gut besucht die Schauen
35 waren und, dass sie Europäern einen Einblick in fremde Kulturen boten. Mit keinem
36 Wort wird
37 geschrieben, dass diese von verschiedenen indigenen Personen verkörperten
38 „Kulturen“ nichts mit der Realität zu tun haben und einzig und allein dazu dienten die
39 Besucher mit einem Spektakel zu unterhalten. Des Weiteren verweigerte der Tierpark
40 Forschenden der Universität Hamburg Zugang zu ihrem Firmenarchiv, um eine
41 Ausstellung zu den Völkerschauen zu verhindern. In dem Archiv dürften sich sehr
42 aufschlussreiche, für die Postkolonial-Forschung relevante Dokumente befinden, wie
43 etwa die Verträge, mit denen die Ausgestellten damals gearbeitet haben. In der
44 Vergangenheit schien der Tierpark kein Problem damit zu haben, mit der Forschung
45 zusammen zu arbeiten. Denn einige der indigenen Arbeiter des Zoos wurden zu
46 unfreiwilligen pseudowissenschaftlichen Untersuchungen gezwungen und teilweise
47 auch nach ihrem Tod zu rassistischen Forschungszwecken freigegeben. In Anbetracht
48 der Tatsache, dass in Deutschland und Europa noch viele Nachkommen der
49 ausgestellten Personen leben, ist ein Eingestehen und Anerkennen der Geschichte
50 angebracht, anstatt sie weiterhin zu verklären und zu verharmlosen. In mehreren
51 Interviews haben Angehörige geäußert, dass sie bis heute auf ein Bekenntnis bzw. eine
52 Entschuldigung des Zoos warten. Mit der Aufforderung wollen wir dazu beitragen, dass
53 endlich ein wenig Gerechtigkeit entsteht. Auch hinsichtlich der Verkennung der
54 menschenverachtenden Taten während der Kolonialzeit, in vielen Teilen Europas, aber
55 insbesondere in Deutschland, ist es als politische Partei unsere Pflicht, dieser Tendenz
56 entgegenzuwirken und unsere Geschichte nicht zu vergessen. Die öffentliche
57 Aufforderung an den Tierpark Hagenbeck, als eine prominente touristische Attraktion in
58 Hamburg, ist dabei nur ein Schritt, um die Aufklärung über die Kolonialzeit und
59 Hamburgs Rolle darin voranzutreiben.

B16	Antragsteller*in:	Hochschulgruppe HCU
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **Dann wirds erst richtig wohnlich – Barrieren in städtischen Wohnungen**
2 **abschaffen**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass das städtische Wohnungsunternehmen
8 SAGA bis 2030 20.000 seiner Bestandswohnungen barrierearm ausbaut. Dazu zählen
9 insbesondere Aufzüge für einen stufenfreien Weg zur Wohnung und barrierefrei
10 ausgebaute Bäder. Dies soll vor allem baulich geeignete Wohnungen in unmittelbarer
11 Nähe zu Nahversorgungszentren oder Haltestellen des ÖPNV betreffen. Die SAGA soll
12 ein geeignetes Konzept erarbeiten, dass diesen angepassten Wohnraum auf einfache
13 und gerechte Weise den darauf angewiesenen Mieter*innen zukommen lässt,
14 beispielsweise durch ein attraktives Wohnungstauschprogramm.

15 **Begründung:**

16 In der Bundesrepublik Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes
17 ca. 9,4% der Bevölkerung schwerbehindert. Dieser sehr juristisch geprägte Begriff
18 umfasst dabei ein breites Spektrum an Behinderungen, zeigt aber die große Zahl von
19 Menschen, die auf eine barrierearme Wohnung angewiesen sind. Dabei ist die Zahl
20 passend ausgebauter Wohnungen leider so gering, dass viele Betroffene gezwungen
21 sind, in einer Wohnung zu leben, die sie nur sehr eingeschränkt nutzen können und die
22 sie in ihrer (Bewegungs-) Freiheit stark einschränkt. In einer zunehmend älter
23 werdenden Gesellschaft verschärft sich dieses Problem zusehends. Von den ca.
24 140.000 Wohnungen der SAGA ist momentan nur ein Bruchteil barrierearm ausgebaut.
25 Daher müssen dringend mehr Wohnungen barrierearm und barrierefrei ausgebaut
26 werden.

27 Der Wohnungsneubau macht nur einen sehr geringen Prozentsatz des gesamten
28 Wohnungsmarktes aus und kann dementsprechend dieses Problem nicht alleine lösen.

- 29 Barrierefreiheit endet nicht an der Wohnungstür – wichtig sind für die
30 Menschen auch eine gute Nahversorgung in direkter Nähe, sowohl ein bekanntes
31 Sozialumfeld im heimischen Stadtteil. Immobilien in diesen Lagen sind zum größten Teil
32 bereits seit Jahrzehnten gebaut und bewohnt – diese müssen nun nachgerüstet
33 werden. Hamburg soll für alle ein gutes Zuhause sein!

B17	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel
	Beschluss:	Annahme

1 **Investitionen Kinder**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Bundesparteitag der SPD beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Der Staat darf nicht bei den Kindern sparen. Dem Bundesministerium für Familie,
9 Senioren, Frauen und Jugend sollen bezüglich der Kindergrundsicherung im
10 Bundeshaushalt 2025 grundsätzlich mindestens bis zu 20 Milliarden Euro zur
11 Verfügung gestellt werden.

12

13 **Begründung:**

14

15 Diese Summe ist für eine effektive Bekämpfung von Kinderarmut laut Diakonie
16 Deutschland notwendig.

17 Dass wird nicht an der Entwicklung der Kinder, die eine der vulnerabelsten
18 Personengruppe unserer Gesellschaft sind, sparen, schulden wir ihnen schon allein aus
19 humanen Gründen.

20 Die Begründung der FDP, dass dem Fünftel aller Kinder in Deutschland, das von Armut
21 bedroht ist, nicht durch mehr Geld, sondern eher durch bessere Bildungsangebote und
22 eine bessere Integration geholfen wäre, ist vor dem Hintergrund, dass die Hilfe für
23 Integration gekürzt werden soll, schwach.

24 Eltern kennen die individuellen Bedürfnisse ihrer Kinder am besten. Daher wissen sie
25 ihren Kindern auch am besten zu helfen. Dass gerade die sonst auf Eigenverantwortung
26 pochende FDP Eltern in finanzieller Not dies nicht zutraut, ist schwer verwunderlich.

27 Daneben ist es volkswirtschaftlich sinnvoll, so viel Geld wie nur möglich in die Jugend
28 zu investieren:

29 Schon heute, bevor die Baby-Boomer in Rente sind, fließt ein Viertel
30 des Bundeshaushalts in die Rentenversicherung. Da die deutsche Rentenversicherung
31 abgesehen von staatlichen Zuschüssen als Umlagesystem immer nur so viel Geld hat,
32 wie gerade eingezahlt wird, stellt sich die Frage, wie dies in Zukunft von den immer
33 weniger werdenden Erwerbstätigen finanziert werden soll. Dies ist nur möglich, wenn
34 diese flächendeckend bestens ausgebildet und physisch sowie psychisch fit sind. All
35 dies ist durch Kinderarmut jedoch stark gefährdet.

36 Dennoch sind im jüngsten Bundeshaushalt 127 Milliarden Euro für die
37 Rentenversicherung vorgesehen und nur 2,4 Milliarden Euro für die
38 Kindergrundsicherung. Auch wenn Kinder nicht ausschließlich von
39 Kindergrundsicherung, sondern unter anderem auch vom Einkommen der Eltern leben,
40 ist der Vergleich doch frappierend. Zumal Kinderarmut 100 Milliarden Euro an
41 Folgekosten verursacht. Ausgaben, für die neben den Kosten für die
42 Rentenversicherung kein Geld vorhanden ist und die durch eine großzügige
43 Kindergrundsicherung begrenzt werden könnten.

44 Daher lässt sich festhalten: Investitionen in die Bekämpfung von Kinderarmut sichern
45 die Rente von morgen.

46 Aus diesem Grund müssen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und
47 Jugend im Bundeshaushalt 2025 bezüglich der Kindergrundsicherung grundsätzlich bis
48 zu 20 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.

B18	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Juso-Bundeskongress sowie den Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Der Etat Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt,
8 sondern entsprechend der Inflationsrate angepasst.

9 **Begründung:**

10 Die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, beziffert die aus der
11 derzeitigen Haushaltsplanung folgenden Einschnitte für den Gesamtetat der
12 Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsjahr 2024 auf 700 Millionen Euro. Die
13 verbliebenen Mittel werden wohl vorrangig für die Verwaltungskosten der BA und ihrer
14 Jobcenter benötigt, sodass das Geld insbesondere im Bereich der Hilfe für Betroffene
15 fehlt. Das bedeutet, dass weniger Mittel insbesondere für die qualitativ hochwertigen
16 Maßnahmen gemeinnütziger Träger zur Verfügung stehen werden. Diese und die das
17 Angebot tragenden Strukturen drohen dadurch künftig dauerhaft verloren zu gehen.

18 Die Mittelkürzung ist insbesondere in Anbetracht der Inflation der vergangenen zwei
19 Jahre, der Steigerung der Berechtigtenzahlen seit Mai 2022 um mehr als 600 000
20 Menschen sowie der im Koalitionsvertrag und unserer Parteiprogrammatik formulierten
21 Besserstellung armer, von Armut bedrohter und/oder marginalisierten Gruppen
22 angehörender Menschen ab.

B19	Antragsteller*in:	Hochschulgruppe HCU
	Beschluss:	Annahme

1 **Wohnen ist ein Menschenrecht – auch für Studis und Azubis!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung:**

6 Die Jusos Hamburg fordern die SPD Hamburg und ihre Senatsmitglieder dazu auf,
7 dafür zu sorgen, dass
8 das Studierendenwerk Hamburg bis 2030 weitere 4400 Plätze in Wohnanlagen für
9 Studierende und Azubis bereitstellt. Dies soll nicht nur durch Neubau sondern auch
10 durch Aufkauf und Ausbau von Bestandshäusern in geeigneten Lagen stattfinden. Die
11 Miete für ein Standardzimmer in allen Wohnanlagen des Studierendenwerks soll sich
12 an der Wohnpauschale des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)
13 orientieren und darf diese nicht überschreiten.

14 **Begründung:**

15 Auszubildende und Studierende leiden in besonderem Maße unter der Wohnraumkrise
16 in der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein kleiner Teil der über 140.000 Studierenden
17 und Azubis in der Stadt kommt in den 4.400 Wohneinheiten des Studierendenwerk
18 Hamburg unter. Während in Hamburg nur ca. 3,5 % der Studierenden einen
19 Wohnheimplatz finden können, beträgt dieser Wert in den meisten anderen
20 Bundesländern immerhin 7%. Die Auslastung liegt seit mehreren Jahren über 98 %. Im
21 aktuellen Geschäftsbericht des Studierendenwerks liegt sie sogar bei
22 angsteinflößenden 100 %. Dementsprechend ist die Warteliste oft monatelang, sodass
23 viele junge Menschen in Hamburg ihr Studium oder ihre Ausbildung abbrechen müssen
24 und in einzelnen Fällen sogar in die Wohnungslosigkeit fallen.
25 Dieser Zustand ist unhaltbar. Deswegen plant das Studierendenwerk bis 2030 weitere
26 2569 Wohneinheiten zu bauen. Der größte Teil davon soll im Neubau entstehen. Wir
27 sind der Meinung, dass dies nicht reicht und fordern noch 2000 weitere neu

28 einzurichtende Wohneinheiten, sodass die Zahl der Wohnheimplätze in
29 Hamburg sich bis 2030 verdoppelt.

30 Dies kann und soll explizit nicht nur durch Neubau entstehen, schließlich fehlen uns
31 einerseits die Bauflächen in geeigneten Lagen, andererseits sind der Neubau und die
32 Neuversiegelung von Flächen besonders klimschädlich. Stattdessen kann durch
33 Aufkauf und Umbau geeigneter Immobilien mit deutlich geringerem Aufwand eine große
34 Zahl von neuen Wohnheimplätzen verwirklicht werden. In eine Villa in Winterhude
35 passen mindestens 40 Studierende! Nachverdichtung ist wichtiger als leerstehende
36 Spekulationsimmobilien.

37 Der BAföG-Höchstsatz sieht momentan eine Wohnpauschale von 360 € monatlich vor.
38 Im erst vor kurzem eröffneten Helmut-Schmidt-Wohnheim kostet das günstigste
39 Zimmer aber 405 € pro Monat. Auf's Jahr hochgerechnet sind das Mehrkosten von über
40 500 €, die gerade die ärmsten Studierenden hart treffen und aus unserer Sicht komplett
41 ungerechtfertigt sind.

1

B20	Antragsteller*in:	Hochschulgruppe HCU
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **Einrollen statt Einsteigen - der ÖPNV wird barrierefrei**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 LPT der SPD Hamburg sowie anschließende Weiterleitung an den Bundesparteitag der
5 SPD beschließen.

6

7 **Forderung:** Bis Ende 2026 müssen alle Hamburger Schnellbahnstationen barrierefrei
8 ausgebaut werden. Dazu zählt für uns insbesondere der stufenfreie Weg vom Bordstein zur
9 Zugtür. An wichtigen Umstiegsbahnhöfen sollen zu jedem Bahnsteig mindestens zwei
10 stufenfreie Wege führen.

11

12 **Begründung:**

13 Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist neben dem Fußverkehr der universalste
14 Verkehrsträger in unserer Stadt. Er ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und soll allen
15 Hamburger*innen zur Verfügung stehen. Leider ist dies momentan nicht der Fall. Der
16 Nahverkehr im HVV ist noch nicht flächendeckend barrierearm oder barrierefrei. Bis Beginn des
17 Jahres 2022 hätten laut Personenbeförderungsgesetz sämtliche Nahverkehrsmittel vollständig
18 barrierefrei ausgebaut werden sollen. Dies ist leider nicht geschehen. Die U-Bahnstationen der
19 Hochbahn sind schon zu über 95% barrierearm ausgebaut, bei der S-Bahn ist die Quote
20 deutlich geringer, der Busverkehr entspricht
21 In Hamburg leben über 120.000 Menschen, die amtlich als „schwerbehindert“ ausgewiesen
22 werden. Dazu kommen viele weitere Personengruppen (z.B. Menschen mit Kinderwagen, alte
23 Menschen, Kinder, Fahrgäste mit großem Gepäck, etc.), die von einem barrierefreien ÖPNV
24 stark profitieren würden. Diese Menschen sind ohnehin besonders auf den ÖPNV angewiesen,
25 unser mangelhafter ÖPNV schränkt ihren täglichen Bewegungsradius und ihre Lebensqualität
26 unnötig ein und ist aus unserer Sicht ein ungerechtfertigter Eingriff in die Freiheit aller
27 Bürger*innen.

28 Ein wichtiger Aspekt sind die wichtigen Umstiegsstationen, die von besonders vielen
29 Fahrgästen genutzt werden. Es ist uns als Jungsozialist*innen an der HCU besonders
30 unverständlich, dass der S-Bahnsteig am Bahnhof Jungfernstieg noch immer keinen Aufzug hat
31 und auch der Umstieg zwischen den einzelnen U-Bahnlinien mit dem Aufzug deutlich

32 umständlicher ist. Am Hauptbahnhof stehen Leute, die auf einen Aufzug
33 angewiesen sind, oft 10 Minuten oder sogar länger vor überfüllten Aufzügen, da deren Kapazität
34 nicht ansatzweise ausreicht. Wenn ein Aufzug an einer Station außer Betrieb ist, bedeutet das
35 für Betroffene oft eine Verdopplung ihrer Fahrzeit oder mehr. Deswegen braucht es unbedingt
36 einfache Alternativzugänge, mindestens an den großen Umstiegsbahnhöfen. Barrierefreiheit ist
37 kein nettes Add-On für eine vernünftige Verkehrspolitik – sie ist Voraussetzung für die Teilhabe
38 aller Bürger*innen an einer demokratischen Gesellschaft.

B21	Antragsteller*in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme

1 **Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Juso-Bundeskongress sowie den Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
8 Bundesregierung werden aufgefordert, sich gegen eine Reduktion der Mittel für die
9 Migrationsberatung und die Durchführung von Berufssprachkursen einzusetzen.

10 Vielmehr müssen diese Mittel entsprechend der steigenden Nachfrage und des
11 größeren Berechtigtenkreises erhöht werden.

12 **Begründung:**

13 In diesem Jahr wurde die Zielgruppe der Berechtigten zur Inanspruchnahme von
14 Berufssprachkursen auf alle Geflüchteten aus der Ukraine, alle Asylbewerber*innen
15 und Menschen, die nach dem jüngst beschlossenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz
16 nach Deutschland kommen, erweitert. Dadurch vergrößert sich der Kreis der
17 Anspruchsberechtigten auf einen Schlag massiv. Das begrüßen wir ausdrücklich, da
18 Sprachkenntnisse einer der wichtigsten Schlüssel zur Teilhabe in unserer Gesellschaft
19 sind.

20 Damit dieses Angebot aber auch von allen Berechtigten und Interessierten
21 wahrgenommen werden kann, muss es ausreichend finanziert werden. Die im
22 Haushaltsentwurf geplante Mittelkürzung um fast 30 % (von 81 auf 57 Millionen Euro)
23 ist daher geradezu absurd und darf den Bundestag so nicht passieren.

B22	Antragsteller*in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme

1 **Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates
8 werden aufgefordert, sich für die Schaffung weiterer psychosozialer Hilfsangebote für
9 geflüchtete Menschen einzusetzen.

10 **Begründung:**

11 Im derzeitigen Bundeshaushaltsentwurf für das Jahr 2024 ist vorgesehen, die
12 psychosoziale Hilfe für Geflüchtete um zehn Millionen Euro, das sind etwa 60 % des
13 derzeitigen Budgets, zu kürzen. Diese drastische Kürzung bedeutet, dass
14 unterstützungsbedürftige Menschen keine Hilfe bekämen, dass bestehende Therapien
15 abgebrochen werden und Angebote dauerhaft geschlossen werden müssten.

16 Tatsächlich sind die bereits jetzt bestehenden Angebote nicht ausreichend und werden
17 dem Bedarf in dieser aufgrund ihrer Leidens- und Fluchtgeschichte überproportional
18 von teils schweren Traumata und psychischen Erkrankungen betroffenen Gruppe nicht
19 gerecht. Es sind also eine Verstärkung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der
20 bestehenden Angebote nötig.

21 Da der Bund hier seiner Aufgabe nicht nachkommt, ist es nötig, zumindest bei uns in
22 Hamburg entsprechende Angebote in ausreichender Qualität vorzuhalten. Vorfälle wie
23 das Attentat in Brokstedt führen uns immer wieder schmerzlich vor Augen, wie nötig
24 eine gute psychosoziale Versorgung ist.

B23	Antragsteller*in:	Hochschulgruppe HCU
	Beschluss:	Annahme

1 **Student*innen aller Hochschulen, vereinigt euch!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung:**

6 Wir fordern die SPD Hamburg und ihre Senatsmitglieder auf, die Gründung einer
7 gesetzlich verankerten demokratischen und selbstverwalteten
8 Landesstudierendenvertretung zu unterstützen.

9 **Begründung:**

10 Die Studierenden der staatlichen Hamburger Hochschulen haben eine gesetzlich
11 verankerte "verfasste Studierendenschaft". Diese ist die demokratische Vertretung der
12 Studierenden innerhalb und außerhalb ihrer Hochschulen. Zu ihr gehören in Hamburg
13 unter anderem die Fachschaftsräte, die Studierendenparlamente und als Exekutivorgan
14 zu jeder Hochschule ein AStA. Es gibt verschiedene Themen, die die
15 Studierendenschaften auf sehr ähnliche Weise betreffen, z.B. das Semesterticket. Um
16 die Forderungen und politische Arbeit der einzelnen Studierendenschaften zu
17 koordinieren gibt es in den meisten Bundesländern eine Landes-ASten-Konferenz bzw.
18 ein ähnliches Gremium. Dieses besteht in Hamburg leider nur informell und hat daher
19 gegenüber dem Hamburger Senat und der politischen Öffentlichkeit nur eine sehr
20 eingeschränkte Wirkmacht. Um die Lebensumstände der Hamburger Studierenden
21 nachhaltig zu verbessern, braucht es ein starkes studentisches Gremium auf
22 Landesebene!

B24	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Niendorf/Lokstedt/Schnelsen</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1

2

Für die Ausfinanzierung des Studierendenwerks

3

4

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag beschließen:

5

6

7

Forderungen:

8

9

Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, die Zuschüsse für das Studierendenwerk auf 30 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen und entsprechend der Kostensteigerungen jährlich anzuheben. Zudem setzt sie sich für die Finanzierung der erforderlichen (Neu-) Baumaßnahmen ein. Sie setzt sich außerdem dafür ein, dass durch die jährliche Anhebung der Zuschüsse, folgende Punkt mindestens sichergestellt werden:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

Begründung:

28

29

30

31

“Ein Großteil der Studierenden kennt das Studium nur im Krisenmodus. Weil sie ohnehin wenig Geld haben, ist jede weitere Belastung auch eine Grundsatzentscheidung: Kann ich mir ein Studium noch leisten oder nicht? Es steigen die Anforderungen an die studentische Versorgung

32 *und die soziale Infrastruktur. Wir brauchen sehr viel mehr bezahlbaren*
33 *Wohnraum, schnell erreichbare und effiziente Beratung, Hilfe in psychischen Krisen,*
34 *finanziellen Notlagen und bei Schwierigkeiten, sich in einem stärker digital gestalteten Studium*
35 *zurechtzufinden.”*

36 Matthias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender Deutsches Studierendenwerk,
37 Interview im DSW-Journal (dsw.wmk-dev.de), 5.7.2023

38

39 Der Krisenmodus wird besonders an den Einkommen der Studierenden deutlich: Die
40 22. Sozialerhebung zur Lage der Studierenden 2021 hat gezeigt, dass auch unter
41 Studierenden die soziale Spaltung weiter zunimmt. Vor zwei Jahren lebten knapp 40 %
42 mit einem Einkommen von höchstens 800 Euro pro Monat, rund ein Sechstel sogar von
43 höchstens 500 Euro. Studierende verwendeten im Durchschnitt zwei Drittel ihres
44 Einkommens für Miete und Lebensmittel, weswegen ihnen gesellschaftliche Teilhabe
45 nicht ermöglicht ist.

46 Das Studierendenwerk ist dafür da gesellschaftliche Teilhabe und ein sinnvolles
47 Studium zu ermöglichen. Dafür braucht es gerade jetzt mehr Wohnheimplätze, wo man
48 mit anderen Studierenden und Auszubildenden unterschiedlicher Herkunft
49 zusammenleben, sich austauschen und voneinander lernen kann. Wohnheime sind
50 nicht nur günstiger Wohnraum sondern auch Orte des kulturellen Austausches und der
51 Demokratiebildung durch die Selbstverwaltungen der Bewohner*innen. All das ist in
52 einer Zeit der Vereinzelung und zunehmenden psychischen Erkrankungen notwendig,
53 um sich progressiv entwickeln zu können und für eine friedliche Gesellschaft zu wirken.
54 Dafür sind auch die Mensen, als Ort der Begegnung und des Austausches enorm
55 wichtig, weswegen sichergestellt werden muss, dass alle Menschen in den Mensen
56 essen können und nicht aufgrund der hohen Preise die Mensen meiden.
57 Des Weiteren muss allen Studierenden ermöglicht werden sich frei bewegen zu können
58 und für kulturelle Veranstaltungen, für ihre Forschung oder auch für den Weg in die Uni,
59 kostenlos, mindestens in der Stadt Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen,
60 den ÖPNV nutzen zu können.

61 Außerdem muss es Beratungsmöglichkeiten geben, die auch für dringliche Fragen
62 kurzfristig erreichbar sind und es muss ausreichend Kita-Plätze in hochschulnähe für
63 alle Studierende mit Kind sowie entlastende Unterstützung für Studierende mit
64 Pflegeverantwortung geben.

65 Ein bedarfsgerecht ausgestattetes Studierendenwerk kann seiner Aufgabe – ein

- 66 Studium zu ermöglichen – nachkommen, indem es diese Bedingungen
67 für sinnvolle Bildung erfüllt und damit zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt. Dafür
68 sind die städtischen Mittel für das Studierendenwerk entsprechend bedarfsorientiert
69 anzuheben.

B25	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Den Verfassungsschutz in die Schranken weisen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg zur Bearbeitung und anschließenden Weiterleitung an den
5 Bundesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die
10 sozialdemokratischen Mitglieder des Senates, die Mitglieder der SPD-Fraktion im
11 Deutschen Bundestag sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
12 werden dazu aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass
13 die bereits vom Bundeskabinett beschlossene Fassung des Gesetzes zum ersten Teil
14 der Reform des Nachrichtendienstrechts dahingehend geändert wird, dass jegliche
15 Maßnahmen, die eine Denunzierung von Individuen durch staatliche Stellen
16 ermöglichen, untersagt bleiben.

17

18 **Begründung:**

19

20 Nachrichtendienste, ihre Rechte und ihre Rolle im Behörden- und Gesellschaftsgefüge
21 sind seit jeher umstritten. Sie dürfen Dinge, die sonst keine Behörde darf. Die einen
22 meinen, aus gutem Grund, andere lehnen die Sonderrolle per se ab. Bislang war aber
23 unstrittig, dass aufgrund der Sonderbefugnisse eine restriktive Trennung zwischen
24 Geheimdiensten und den Bundes- und Landespolizeien sowie sonstigen Behörden
25 bestehen muss.

26

27 Der Bundesverfassungsschutz kommt bislang mit seinen 4000 Mitarbeitenden dem
28 Auftrag nach, "Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung"
29 aufzuspüren und zu beobachten. An die Polizeien dürfen aber erst dann Informationen
30 weitergeleitet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die auf kriminelle

31 Handlungen oder drohende Gefahren hinweisen. Über politische
32 Ansichten einer Person, die zwar nach Ansicht des Geheimdienstes radikal sind, aber
33 an sich gegen kein Gesetz verstoßen, hat die Behörde bislang Stillschweigen zu
34 bewahren. Der Austausch mit anderen Behörden ist untersagt. Daran, Individuen in
35 aller Öffentlichkeit an den Pranger zu stellen, war bislang nicht zu denken.

36

37 Doch das soll sich nach der Vorstellung des von unserer Genossin Nancy Faeser
38 geführten Bundesinnenministeriums ändern. Die bereits vom Bundeskabinett
39 abgeseigneten Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes sehen nämlich vor,
40 dass der Bundesverfassungsschutz personenbezogene Informationen auch an andere
41 inländische Stellen - gemeint sind sämtliche Behörden - weitergeben darf, soweit es
42 dem Geheimdienst zur Erfüllung seines Auftrages erforderlich erscheint. Indes schließt
43 der Gesetzesentwurf nicht aus, dass sich der Bundesverfassungsschutz oder die
44 informierten Behörden an Privatpersonen oder Unternehmen wenden.

45 Mit anderen Worten: Die Agent:innen dürfen sich künftig an die potenziellen
46 Vermieter:innen, ja sogar an Familienmitglieder, Arbeitskolleg:innen oder Bekannte
47 wenden, um nach ihrer Vorstellung auf eine Deradikalisierung hinzuwirken.

48

49 Dies birgt nicht nur das Risiko, eine Vielzahl von Personen irrtümlich und voreilig mit
50 einem gesellschaftlichen Stigma zu belegen, das sie so schnell nicht wieder loswerden.
51 Sondern steht vor allem vollständig im Widerspruch mit den Urteilen des
52 Bundesverfassungsgerichtes, die den Anlass gegeben haben, an dieser Stelle
53 gesetzgeberisch tätig zu werden. Anstatt das Recht auf informationelle
54 Selbstbestimmung zu stärken, werden weitere massive Eingriffe mit einer gesetzlichen
55 Grundlage versehen. Es ist daher bereits höchst fraglich, ob die beabsichtigten
56 Regelungen im Bundesverfassungsschutzgesetz nicht selbst (wieder) einen nicht zu
57 rechtfertigenden Eingriff in die Verfassung darstellen und deshalb vom
58 Bundesverfassungsgericht kassiert werden.

59

B26	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Juso-Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

60

1

1 **Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Juso-Bundeskongress und den Landesparteitag der SPD Hamburg mit anschließender
5 Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung**

8

9 Die globale Klimaerhitzung, der damit verbundene Rückgang an Biodiversität und die
10 schrittweise Vergiftung der Umwelt sind die größte Gefahr für das menschliche
11 Überleben auf unserem Planeten. Sie aufzuhalten ist die größte Herausforderung des
12 21. Jahrhunderts. Wir fordern, dass diese Herausforderung endlich entsprechend
13 angegangen wird.

14 Dafür braucht es, in unserer Art uns fortzubewegen, zu wirtschaften und zu
15 konsumieren eine Kehrtwende. Mit dieser werden weitreichende Konsequenzen für
16 unser aller Leben und Arbeiten einhergehen. Wo Individuen dadurch Härten ausgesetzt
17 sind, muss der Staat unterstützend eingreifen und die Härten abfedern. Die soziale
18 Komponente muss bei jeder politischen Entscheidung konsequent mitgedacht werden.
19 Wir fordern eine sozial-ökologische Transformation, der politisch höchste Priorität
20 eingeräumt wird. Dazu gehört auch, dass diejenigen zur Finanzierung der
21 Transformation herangezogen werden, die vom vorherrschenden System der
22 Ausbeutung von Natur und Mensch über die Maßen profitiert und immense Vermögen
23 angehäuft haben.

24 Das für Deutschland vorgesehene Emissions-Budget im Pariser Klimaabkommen darf
25 nicht überschritten werden. Nach diesem obersten Ziel ist alle Gesetzgebung und auch
26 deren Umsetzung auszurichten. Das bedeutet auch, dass ambitionierte Regelungen,
27 wie das 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz, nicht rückgängig gemacht bzw.
28 entschärft werden, sobald sich herausstellt, dass die implementierten Mechanismen
29 funktionieren.

30 Von politisch fehlgeleiteten Ambitionen, wie der Schuldenbremse muss
31 Abstand genommen werden. Sie ist ein selbstgezogener Fallstrick, der, uns daran
32 hindert, real existierende, existenzielle Herausforderungen zu lösen.

33 Intergenerationelle Gerechtigkeit heißt nicht sparen in der Gegenwart, um kommenden
34 Generationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern Investitionen in der Gegenwart
35 für die Zukunft tätigen, um für kommenden Generationen funktionierende Infrastruktur,
36 gute Bildung und soziale Absicherung zu ermöglichen!

37 Wir fordern alle Entscheidungsträger*innen zur Solidarität nicht nur mit den zukünftigen,
38 sondern auch mit unserer Generation auf.

39 Denn auch unsere Generation hat, unabhängig davon, wo auf der Erde wir leben, das
40 Recht, in den nächsten Jahrzehnten sozial abgesichert, nicht durch immer heftigere
41 Naturkatastrophen bedroht und frei von Versorgungsnot zu leben.

42 Um dies sicherzustellen, haben wir uns der Verwirklichung der Sustainable
43 Development Goals (SDG) verschrieben. Wir sind davon überzeugt: Sozialpolitik ist
44 Klimaschutz und Klimaschutz ist Sozialpolitik. Alle SDG setzen immanent einen
45 effektiven Klimaschutz voraus und können deshalb nicht davon losgelöst betrachtet
46 oder verwirklicht werden. Vor allem darf der Klimaschutz aber auch nicht nur national,
47 innerhalb der Grenzen des eigenen Landes betrachtet werden. Die Klimakatastrophe ist
48 eine globale Katastrophe und muss als eine solche bekämpft werden. Insbesondere die
49 Menschen im globalen Süden leiden unter den Folgen dieser Katastrophe. Wir als
50 Menschen, die im globalen Norden leben und die Hauptverantwortlichen dieser Krise
51 sind, müssen Verantwortung übernehmen und den globalen Süden vor den Folgen der
52 Klimakrise schützen. Das heißt, dass Entwicklungshilfen nicht gekürzt, sondern
53 ausgeweitet werden sollten und wissenschaftliches Know-How weitergegeben wird.

54

55 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

56

57 **Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft**

58 1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird
59 durch folgende Maßnahmen sichergestellt:

- 60 • Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der
61 Photovoltaik-Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten

- 62 Erzeugungsziele für die jeweiligen Erzeugungsarten
63 einzuhalten
- 64 • Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-
65 Anlagen wird intensiviert. Dabei wird der Fokus auf der
66 Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen und der Entwicklung neuer,
67 möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung
68 nachbarschaftlicher Interessenkonflikte liegen.
 - 69 • Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Dabei
70 werden nicht nur in Kooperation mit internationalen Partnern, die auf
71 geographisch dafür prädestiniert sind (Schweden, Österreich, Norwegen
72 etc.) konkrete Pläne für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken gefasst.
73 Andere Arten der Stromspeicherung, die auch in Deutschland möglich
74 sind, werden erforscht und Pilotprojekte vorangetrieben.
 - 75 • Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von
76 Genehmigungsfristen und die Beschränkung von
77 Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb des verfassungs- und
78 europarechtlich Zulässigen beschleunigt.
- 79 2. Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:
- 80 • bei günstigen baulichen Voraussetzungen einen Anspruch für
81 Mieter*innen-gemeinschaften auf Errichtung von Mieterstrom
82 Dachphotovoltaikanlagen geschaffen wird.
 - 83 • die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung
84 und Absicherung intensiviert wird
- 85 3. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des
86 Verbrauchs entsprechend ausgebaut:
- 87 • Insbesondere alle in Planung befindlichen Nord-Süd-Trassen werden bis
88 2030 fertiggestellt.
 - 89 • Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen
90 Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und
91 Erzeugungsorte verbinden.
 - 92 • Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch
93 eine kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom aus
94 Photovoltaikdachanlagen überfordert werden.
- 95 4. Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert,

96 indem

- 97 • Das deutsche Merit-Order-Prinzip zur Strompreisfestsetzung abgeschafft
98 oder zumindest ein Höchstpreis für Strom aus erneuerbaren
99 Energiequellen gedeckelt wird,
100 • die Stromsteuer für Privathaushalte und Unternehmen abgeschafft wird,
101 • ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und
102 Handwerksbetriebe eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des
103 kurzfristig zu erwartendem Anstieg des Strompreises, abzufedern.

104 5. Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der
105 Energieversorgung stellen wir sicher, in dem

- 106 • durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und
107 Entwicklung der Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in
108 die Europäische Union stattfindet.
109 • Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden,
110 sodass ein europäisches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions-
111 und Speicherkapazitäten unterschiedlicher Art überall auf dem
112 europäischen Kontinent europaweit die Stromversorgung gesichert ist.

113 **Finanzierung**

114 6. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen
115 ergriffen

- 116 • Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende
117 Bedeutung beigemessen.
118 • Die Schuldenbremse wird abgeschafft, um den Weg für die erforderlichen
119 Investitionen freizumachen.
120 • Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft.
121 • Für den Erneuerbaren-Energien-Sektor wird vom grundsätzlichen Verbot
122 staatlicher Beihilfen (Art. 107 I AEUV) wird unter bestimmten
123 Bedingungen eine Ausnahme vorgesehen.

124 **Soziale und partizipative Gestaltung**

125 7. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber
126 hinaus:

- 127 • das bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich
128 auszahlen.
129 • Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen

- 130 für Menschen schaffen, die vorher in Sektor gearbeitet
131 haben, der durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft wegfällt.
- 132 • Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von
133 der Transformation betroffen sind
 - 134 • Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen,
135 Transformationsentscheidungen in ihren Unternehmen zu beeinflussen.

136

137 **Hohes Ambitionsniveau aufrecht erhalten**

- 138 • Das im 2019 beschlossenen KSG vorgesehene Modell der
139 Ressortverantwortlichkeiten wird beibehalten.

B27	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Juso-Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Gerechte Tarifverträge für studentische Beschäftigte**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg beschließt zur Weiterleitung an
4 den Landesparteitag folgenden Antrag:

5

6 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die SPD-
7 Bürgerschaftsfraktion beschließen:

8

9 **Forderung:**

- 10 1. Wir unterstützen die bundesweite Vernetzung der Initiative für studentische
11 Beschäftigte und den einzelnen Lokalgruppen an den Hochschulen der Freien
12 und Hansestadt Hamburg.
- 13 2. Wir schließen uns den Forderungen für einen Tarifvertrag für studentische
14 Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Tutor*innen an allen
15 Hamburgern Hochschulen an, in dem mindestens:
- 16 a. die Entfristung von Arbeitsverträgen,
17 b. die Einführung einer Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten für
18 studentische Beschäftigte,
19 c. einen Stundenlohn i.H.v. 16,50 Euro ab dem 1. Jahr der Beschäftigung
20 und
21 d. die Einführung von gesetzlichen Mitbestimmungsrechten für studentische
22 Beschäftigte umgesetzt werden.
- 23 3. Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand bis zum 31.August 2024 über
24 den aktuellen Stand informiert.

25

26 **Begründung:**

27 Die studentischen Beschäftigte leisten durch ihre Arbeit für den Wissenschaftsstandort
28 Hamburg einen wichtigen Beitrag. Dennoch stellen jüngere Forschungsergebnisse fest,

29 dass Anliegen der Beschäftigten unzureichend beachtet werden und ihr
30 Gehalt mit der allgemeinen Preisentwicklung der Stadt nicht mithalten können.

31 Für studentische Beschäftigte in der Hansestadt Hamburg gehören kurze
32 Befristungsdauern zum Grundsatz. In über 70 Prozent der Fälle betragen die
33 Vertragslaufzeiten für studentische Hilfskräfte an den Hamburger Universitäten
34 zwischen zwei bis sechs Monaten. Um eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten,
35 muss das Arbeitsrecht von studentischen Beschäftigten gestärkt werden.

36 Aktuell sind studentische Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und
37 Tutor*innen vom Tarifvertrag der Länder ausgenommen. Um die Arbeitsbedingungen
38 von studentischen Beschäftigten zu stärken, müssen studentische Tarifverträge
39 eingeführt werden.